

„Wir stellen schon Leute von der Straße ein“

Stand: 19:06 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Freia Peters**
Politikredakteurin



Zum Start nach den Sommerferien ist in Berliner Schulen die Stimmung schlecht: „Uns laufen die Leute weg“

Quelle: dpa/Christoph Soeder

In den Berliner Schulen ist die rote Linie überschritten: Der Lehrermangel nimmt dramatische Ausmaße an. 2025 wird jede dritte Stelle unbesetzt sein. Die Minimalanforderungen an Quereinsteiger werden laufend nach unten geschraubt. Denn eine Entwicklung verschärft die Krise.

Erst vor den Ferien, erzählt der Berliner Schulleiter Sven Zimmerschied, sei es wieder so weit gewesen. „Eine sehr begabte junge Kollegin kam zu mir ins Büro und kündigte an, dass sie unsere Schule verlässt und nach Brandenburg zieht. Ich fragte sie, ob sie nicht die Wahl im September abwarten wolle, aber das war ihr zu unsicher.“ In Brandenburg werden die Lehrer verbeamtet. In Berlin nicht.

Aus diesem Grund kündigen viele Berliner Lehrer

(</wirtschaft/karriere/article200240858/Quereinsteiger-Lehrer-Wie-stehen-die-Chancen-Alle-Infos-Tipps.html>) und ziehen ins Umland oder pendeln zur Arbeit. Davor ist auch die Friedensburg-Oberschule in Berlin-Charlottenburg nicht gefeit, obwohl sie einen

hervorragenden Ruf hat, bereits zweimal war die Europaschule für den Deutschen Schulpreis nominiert. „Uns laufen die Leute weg“, stöhnt Zimmerschied, auch Co-Vorsitzender der Berliner Vereinigung der Sekundarschulleitungen.

„Und woanders ist es noch schlimmer. Es gibt viele Schulen, die keine einzige regulär ausgebildete Lehrkraft mehr finden. Berlin muss seine Lehrer endlich wieder verbeamteten.“

Nur noch 40 Prozent der Neueinstellungen für dieses Schuljahr waren voll ausgebildete Lehrer. Die Schülerzahlen steigen, gleichzeitig ist jeder dritte Berliner Lehrer 55 Jahre oder älter und geht in den kommenden zehn Jahren in Pension. Schon 2025 wird ein Bestand von 23.000 Lehrkräften erwartet – dabei liegt der Bedarf bei 33.000. Fast ein Drittel der Lehrkräfte wird dann fehlen.

„Das Problem wird immer größer“, sagt Zimmerschied. „Es ist dramatisch.“ Stellen mit klassisch ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen sei schon jetzt meist unrealistisch, vor allem in Mangelfächern wie Naturwissenschaften, Informatik und Mathematik.

Berlin ist das einzige Bundesland, das seine Lehrer nicht verbeamtet. 2004 schaffte der rot-rote Senat unter Klaus Wowereit (SPD) die Verbeamtung als nicht mehr zeitgemäß ab. Noch im Koalitionsvertrag 2016 hielt die damalige rot-rot-grüne Landesregierung fest, dass ein Angestelltenverhältnis für die Lehrer Vorrang haben solle. 2019 dann sprach sich die SPD plötzlich wieder für eine Verbeamtung aus, bekam dafür aber keine Mehrheit im Abgeordnetenhaus.

Nun hat die Berliner Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch eine Kehrtwende angedeutet – wenn auch zögerlich. „Wenn es wirklich keine bessere Lösung gibt, um genügend Personal für unsere Schulen zu gewinnen (...), dann bin ich bereit, auch über Verbeamtung zu sprechen“, sagte sie der „Berliner Morgenpost“. Wenige Tage zuvor hatten ihr Schulleiter von der drastischen Lage berichtet.

„Für die Berliner Schulen ist es eine Katastrophe“

„Ich könnte 20 Seiten über das Thema Verbeamtung in Berlin schreiben“, sagt Benno Linne. 13 Jahre lang war er Chef der Berliner Lehrerbildung. Trotz Pensionierung unterrichtet der 70-Jährige weiter Mathematik an einer privaten Oberschule in Berlin-Steglitz. „Vom

Grundsatz her bin ich gegen eine Verbeamtung“, sagt Linne, „ein angestellter Lehrer unterrichtet nicht schlechter.“

In den ersten Jahren nach der Abschaffung der Verbeamtung bemerkte Linne zunächst eine erfreuliche Entwicklung: Die Krankschreibungen der Lehrkräfte gingen deutlich zurück. In den Folgejahren jedoch kehrten sukzessive andere Bundesländer zur Verbeamtung zurück, Berlin hingegen schaute tatenlos zu, wie mehr und mehr Lehrer die Hauptstadt verließen – und zugleich viel zu wenig Nachwuchs ausgebildet wurde.

Heute sei die Lage besonders an den Grundschulen besorgniserregend, wo bis zu 80 Prozent Quereinsteiger unterrichten. „Die Grundschulen nehmen ja aus der Not schon Leute mit einem beliebigen universitären Abschluss“, sagt Linne. Da unterrichten dann Architekten oder Ernährungswissenschaftler. „Für die Berliner Schulen ist es eine Katastrophe. Ich kann alle jungen Lehrer verstehen, die sagen, ich geh’ halt nach Potsdam und komm’ als Beamter zurück!“

Ähnlich hat es Andreas Zimmermann gemacht. Seit drei Wochen nun pendelt Zimmermann, 40 Jahre, Lehrer für Wirtschaft und Erdkunde, von Berlin nach Königs Wusterhausen. Zu Beginn des Monats hat er eine neue Stelle angetreten an einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe, noch vor seinem ersten Arbeitstag durfte er den Amtseid aufsagen und hat eine Urkunde überreicht bekommen als frischgebackener Beamter des Landes Brandenburg.

„Ich muss jetzt erst mal auf rund 150 Euro verzichten, aber das ändert sich natürlich mit den Jahren“, sagt Zimmermann. „Vor eineinhalb Jahren bin ich Vater geworden, da hat man natürlich eine andere Verantwortung denn als Single.“

Als Zimmermann vor acht Jahren aus Koblenz nach Berlin zog, hatte er zunächst keine große Wahl: Die Berliner waren die Einzigen, die ihm eine feste Stelle anboten. Zimmermann arbeitete fortan als Angestellter an einer Neuköllner Brennpunktschule mit 95 Prozent Kindern nicht deutscher Herkunft. „Da war ich eher Sozialarbeiter, jetzt musste ich meine alten Arbeitsmaterialien wieder aus dem Schrank holen. Ich komme mir fast wie ein Berufsanfänger vor.“

Für ihn ist die Verbeamtung nicht nur ein Mittel, um den Personalmangel zu lösen, sondern auch eine Frage des Prinzips. „In unserem Grundgesetz steht, dass die Bildung unserer

Kinder Aufgabe des Staates ist, also sind Lehrer Staatsdiener – und folglich muss der Staat die besten Leute einstellen, die er dafür bekommen kann“, folgert Zimmermann. „Berlin hat es jahrelang probiert ohne Verbeamtung, und es hat nicht funktioniert.“

2025 kein Lehrermangel mehr. Ausnahme: Berlin

Die Kultusministerkonferenz prognostiziert, dass es schon 2025 an den Grundschulen keinen Lehrermangel mehr geben wird. „Nur in Berlin wird das anders aussehen“, sagt Zimmermann voraus.

Dabei ist es ohnehin schwierig genug, die Lernrückstände durch die Pandemie aufzuholen. „Wir stellen große Lücken fest“, sagt [Astrid-Sabine Busse](#) ([/vermishtes/article228128343/Berliner-Grundschul-Leiterin-Wir-werden-vieles-schaffen-Aber-nicht-alles.html](#)), schon seit vielen Jahren Leiterin der Grundschule an der Kölnischen Heide in Berlin-Neukölln. „Das alles aufzuholen ist sowieso illusorisch.“ Auch an ihrer Grundschule muss sie viele [Quereinsteiger](#) ([/politik/deutschland/plus183822620/Lehrer-in-Berlin-Wie-ein-Quereinsteiger-seinen-neuen-Job-erlebt.html](#)) beschäftigen.

„Ich habe gar keine andere Wahl. Das sind fast alles engagierte Leute, aber wer Kunst oder Agrarwissenschaften studiert hat, dem kann ich natürlich nicht sagen, gehe mal in die Klasse und unterrichte, und die Klassentür hinter ihm schließen. Wir stellen ja derzeit quasi Leute von der Straße ein, die brauchen natürlich viel Unterstützung.“ Viel mehr, als sie und ihre Kollegen zeitlich geben können. Busse befürchtet gravierende Folgen. „Die Unterrichtsqualität leidet“, sagt sie. „Wir bluten richtig aus.“

Als Ausgleich für die fehlende Verbeamtung bekommen Anfänger in Berlin gleich bei der Einstellung einen Bonus, den man eigentlich erst mit der „Erfahrungsstufe 5“ erreicht. So starten angestellte Lehrer mit 5702 Euro brutto. Doch schon nach fünf Jahren haben die Beamten sie überholt, die in der letzten Gehaltsstufe rund 20.000 Euro jährlich mehr verdienen.

Anna Maria Althelmig, 34 Jahre, muss sich daher gelegentlich die Frage gefallen lassen, ob sie eigentlich bescheuert sei. „Meine Freundinnen, mit denen ich zusammen studiert habe, sind längst verbeamtet“, erzählt sie. Ihr Referendariat hat sie in Dortmund gemacht, dann ist sie

der Liebe wegen nach Berlin gezogen. Heute unterrichtet sie an einer Grundschule im Berliner Wedding. Dort arbeitet sie in Kleingruppen mit Kindern, die sonderpädagogischen Förderbedarf (</wirtschaft/karriere/bildung/article230519519/Schulen-und-Corona-So-schlecht-steht-es-um-die-Zukunft-unserer-Kinder.html>) haben.

„Ich bekomme eine Brennpunktzulage und somit ein gutes Gehalt. Aber dennoch: In einem anderen Bundesland wäre ich bereits verbeamtet.“ Weil sie sich über diese Ungerechtigkeit so ärgert, engagiert sich Althelmig als Sprecherin der jungen Lehrer im Verband Bildung und Erziehung. „Als Verband begehren wir seit Jahren dagegen auf, dass man qualifiziertes Personal aus ideologischen Gründen nicht halten kann.“ Sie hofft, dass noch viel mehr Lehrkräfte sich gewerkschaftlich organisieren, damit ihre Stimme lauter wird.

Ob sie selbst in Berlin bleibt, weiß Anna Maria Althelmig nicht. „Ich warte jetzt mal die Wahl ab“, sagt sie, „aber ich strecke schon mal meine Fühler aus.“

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/233263407>